BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Stadtverband Castrop-Rauxel

Kommunalwahl: Sonntag, 30.08.2009

Wahlprogramm 2009–2014

Wir sind die treibende Kraft der rot-grünen Koalition in Castrop-Rauxel

Wir GRÜNE stehen für ökologisch-soziale Inhalte und eine transparente, demokratische und geschlechtergerechte Politik.
Seit fünf Jahren gibt es eine rot-grüne Stadtregierung in Castrop-Rauxel. Unser Ziel war, zusammen mit der SPD eine nachhaltige ökologisch-soziale Stadtentwicklung in die Wege zu leiten. Nach wie vor wollen wir eine attraktive Wohnstadt, in der es sich angenehm und gesund leben lässt, in der auch Kinder und Senioren gut aufgehoben sind, in der Deutsche und Migranten gemeinsam leben und in der es für alle BürgerInnen die Möglichkeit gibt, sich aktiv an der Gestaltung des Lebens zu beteiligen.

Auf diesem Weg haben wir einiges erreicht:
- **Freiflächen** wurden geschützt, Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen im Grünen verhindert und Regeln für wohnortnahe Einzelhandelsansiedlungen aufgestellt.
- **Solarkraftwerke** auf städtischen, privaten und gewerblichen Dächern sind in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen. Ein **Ressourcen-Management** für alle städtischen Gebäude ist auf den Weg gebracht.
- Zusammen mit dem Integrationsrat haben wir ein **Integrationskonzept** entwickelt, das jetzt – mit der neu eingerichteten Stelle der Integrationsbeauftragten - Schritt für Schritt umgesetzt wird.
- Die Anzahl von **Schulen mit Ganztagsbetrieb** ist im Stadtgebiet in den letzten fünf Jahren sprunghaft angestiegen.
- Ein vorbildliches **Frühwarnsystem zum Schutz unserer Kinder** wurde entwickelt
- Ein **Beschäftigungsprogramm** zur Integration besonders von Jugendlichen, Alleinerziehenden und Langzeitarbeitslosen ist auf den Weg gebracht.

Dies sind nur einige Beispiele aus wichtigen Politikfeldern.

Manches von dem, was wir vorhatten, scheiterte an der katastrophalen Finanzausstattung unserer Stadt. Andererseits sind fünf Jahre nicht viel Zeit, wenn es darum geht, der Kommunalpolitik eine neue – ökologisch-soziale - Richtung zu geben. Und auch eine Stadtverwaltung ist wie ein Tanker, den man nur mühsam in eine neue Richtung lenken kann.

Wir haben wichtige Prozesse in Richtung einer ökologisch-sozialen Stadterneuerung eingeleitet. Mit Erfolg. Aber viele Prozesse müssen noch weiterentwickelt werden, um unsere Ziele zu erreichen. Der Ausbau der Beteiligung, die soziale Entwicklung in den Stadtteilen, die nötigen Schritte auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt, die Maßnahmen zur Begleitung des demografischen Wandels oder die erfolgreiche Integration der MigrantInnen – all das sind gesellschaftliche Prozesse, die einen langen politischen Atem erfordern.

Wählen Sie deshalb GRÜN bei der Kommunalwahl: Je mehr Stimmen die GRÜNEN haben, umso konsequenter wird die nachhaltige ökologisch-soziale Stadterneuerung in den nächsten fünf Jahren fortgesetzt.

Bildung: Aufwachsen in Castrop-Rauxel

Bildung als ganzheitlicher und lebenslanger Kompetenzerwerb findet grundlegend vor Ort statt. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt. Neben den Forderungen nach mehr Selbstbestimmung, mehr Ressourcen und mehr Rechtssicherheit für die Städte und die konkreten Bildungsträger sind Kostenfreiheit für Bildung und Erziehung sowie umfassende Entlastung und Unterstützung für Haushalte mit Kindern politisch durchzusetzen. Wichtig ist zudem, die Qualifizierung aller am Bildungs-, Erziehungs-, Betreuungs- und Unterstützungsprozess Beteiligten ohne erhobene Zeigefinger voranzubringen und die Professionellen von bürokratischen Aufgaben zu entlasten.

Als erste kommunalpolitische Herausforderung muss in den kommenden Jahren das konsequent weiter verfolgt und ausgebaut werden, was in den vergangenen Jahren besonders im Bereich von Jugendhilfe und Schule systematisch begonnen wurde: Die trägerübergreifende Kooperation, die Vernetzung der am Sozialisationsprozess Beteiligten, muss ausgebaut werden. Dies ist noch stärker sozialräumlich in den Stadtteilen umzusetzen. Hier wünschen wir uns gestärkte Familienzentren und Tageseinrichtungen im engen Verbund mit den Schulen als besondere Lern- und Lebensorte im Stadtteil. Dazu müssen besonders die Handlungsfelder Familienförderung, Kinder- und Jugendförderung, berufliche Integration, soziale Integration besonderer Zielgruppen, Teilhabeförderung und die Bildungsoffensive der Schulen ausgebaut und noch mehr miteinander verbunden werden.
Die Organisation dieser Prozesse ist Aufgabe von Politik und Verwaltung. Das Schulverwaltungsamt ist als eigenständige Abteilung dem Bereich „Kinder, Jugend und Familie" zuzuordnen und pädagogisch auszurichten. Weitere Beteiligte sind auf gleicher Augenhöhe einzubeziehen.

Handlungsleitend für die jeweilige Arbeit ist die Orientierung am einzelnen Kind in seinen sozialen Bezügen nach seinen Bedürfnissen und Bedarfen. Die Grundlagen des Bildungserwerbs werden in der frühen Kindheit gelegt. Es gilt weiterhin, schon früh Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Eltern und den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, besonders der Tages- und Pflegeeinrichtungen, anzubieten. Die Grünen dieser Stadt wünschen sich solche Partnerschaften bis zur beruflichen Integration und darüber hinaus.

Schwerpunkt der Bildungs- und Erziehungsprozesse im Elementarbereich ist die Sprachförderung. Daneben sind individuelle Neigungen und Begabungen systematisch zu fördern (künstlerische, spirituelle, technische, mathematische, natur- und geisteswissenschaftliche Wissensbestände).

Die Vernetzungen aller bestehenden Schulen in der Stadt mit möglichen KooperationspartnerInnen und untereinander sind auszubauen. Konkret wünschen wir uns ein Kompetenznetzwerk „Bildung" für unsere Stadt als bedeutender Teil einer regionalen Bildungslandschaft. Hierzu gehört auch ein Kataster der außerschulischen Lernorte, z.B. der naturnahen Räume, der Unternehmen.
Die eigenverantwortete Entwicklung der Schulen als Lebens- und Lernorte, in denen gemeinsam von Kindern, Eltern und LehrerInnen umfassende Bildungs- und Erziehungsarbeit geleistet wird, ist weiter und stärker zu unterstützen.
Dazu gehört auch die freie Entscheidung der Schulen, in den Ganztagsbetrieb zu wechseln. Diese Entscheidungen begrüßen wir und wollen einen guten Ganztagsbetrieb politisch unterstützen. Hierzu zählt auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel u.a. für Schulfrühstück und Mittagessen, für Lernmittelfreiheit, für Lehr- und Lernmaterialien, für sinnvolle Freizeitgestaltung. Damit wollen wir mit der Grundschule Deininghausen beginnen. Solche Unterstützungsleistungen können z.T. in Netzwerkarbeit organisiert werden. Die Organisation solcher Unterstützungsleistungen ist Aufgabe der Abteilung Schule. Uns sind die Grenzen, innerhalb der wir uns finanziell bewegen müssen, bekannt. Diese Grenzen gilt es auch durch Gewinnung von Mitteln Dritter (Projektmittel, Stiftungen) zu erweitern.
Wir sind der festen Überzeugung, dass zur Bildungsförderung zusätzliche städtische Mittel aufzuwenden sind. Wir halten die Bereitstellung dieser Mittel gerade unter Gesichtspunkten der Zukunftsfähigkeit von Stadt und Land und auch als Beitrag zur nachhaltigen Haushaltssanierung für politisch zwingend.

Schulorganisatorisch wollen wir auch vor Ort aus pä-

dagogischen Gründen das dreigliederige Schulsystem überwinden und eine Schule für alle Kinder schaffen. Wir setzen mehr auf Wertschätzung der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen sowie auf individuelle Förderung anstelle einer „begabungsgerechten" Auslese entlang dem Kriterium erwarteter Marktgängigkeit. Die in Deutschland übliche frühe Differenzierung ab der 5. Klasse wird abgelehnt.

Bei allen konkreten schulorganisatorischen Beschlüssen ist für uns der Elternwille ein wichtiges Entscheidungskriterium. Solange eine entsprechende Nachfrage besteht, haben Schulen der unterschiedlichen Formen und Einrichtungen der unterschiedlichen Träger Bestandsschutz. Allerdings werden aufgrund der demographischen Entwicklung in den kommenden Jahren Schulen und andere Einrichtungen geschlossen werden müssen. Die jeweiligen schmerzhaften Prozesse sind offen und bürgerfreundlich zu gestalten. Das Beispiel der Schließung der Grundschule Marienburger Straße mahnt uns dazu.

Am Ende geht es in diesem herausragenden Handlungsfeld der Stadtentwicklung darum, allen Kindern, Jugendlichen, ihren Familien und der Stadtgemeinschaft insgesamt optimale und faire Bildung zu ermöglichen. Diese ist der Schlüssel zur sozialen Integration der/s Einzelnen und zur Zukunftsfähigkeit des Landes. Integration geht uns vor Selektion: Alle werden gebraucht, niemand wird beschämt und keiner wird zurückgelassen Es geht um umfassenden Kompetenzerwerb und das Ideal des gebildeten, kritischen und solidarischen, mündigen Bürgers. Und es geht um die Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft auch in Castrop-Rauxel.

Gemeinsamkeit macht stark – den sozialen Zusammenhalt sichern

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Kinder, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Menschen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung, Frauen im Alter und MigrantInnen sind besonders häufig von Armut betroffen. Wir setzen uns dafür ein, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Hintergrund zu besseren Lebenschancen zu verhelfen. Wir wollen, dass die Kommunen allen Menschen gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Grüne sagen Armut den Kampf an – wir wollen ein Netz zur Armutsprävention und -bekämpfung spannen

Mit den Grünen auf Landes- und Bundesabene treten wir ein für

- Armutsfeste Regelsätze: Die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II müssen an die wirklichen Bedürfnisse der Menschen angepasst werden, damit Armut verhindert wird. Einmalige Leistungen in besonderen Situationen müssen wieder möglich sein.
- Kindgerechte Regelsätze: Gerade Kinder sind zunehmend von Armut betroffen. Nur Regelsätze, die an die realen Bedarfe von Kindern angepasst sind, können hier gegensteuern. Dabei müssen besondere entwicklungs- und bildungsbedingte Ausgaben berücksichtigt werden.
- Schulessen und Lernmittel für Alle: Zu den Bildungsinvestitionen gehört insbesondere der Ausbau der echten Ganztagsschulen. Jedes Kind muss ein warmes Mittagessen in der Schule bekommen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Ohne Bücher, ohne Stifte, ohne Hefte ist gutes Lernen in der Schule nicht möglich. Deshalb fordern wir die Rückkehr zur Lernmittelfreiheit.
- Bessere Bildung für Alle: Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für Jede und Jeden, um langfristig nicht in Armut zu fallen. Durch den längeren gemeinsamen Unterricht in der Schule sollen die Schülerinnen und Schüler endlich faire Bildungs- und Zukunftschancen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erhalten.
- Frauenarmut entgegen treten: Lohndiskriminierung und durch Familienarbeit entstehende Benachteiligung müssen wirksam gestoppt werden. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein.
- Genereller Mindestlohn: Wir fordern Mindestlöhne für alle Beschäftigten für die kein tariflich festgelegter Mindestlohn gilt. Sie sind eine Garantie gegen Lohndumping und für fairen Wettbewerb.
- Lohnnebenkosten gezielt senken: Geringverdiener müssen stärker entlastet werden. Deshalb darf erst ab einem Bruttoeinkommen ab 2000 Euro die volle Last der Sozialversicherungsabgaben anfallen. Für alle Einkommen bis 2 000 Euro sollen die Beitragssätze langsam und stufenlos ansteigen.
- Höhere Renten für GeringverdienerInnen: Menschen mit einem geringen Einkommen brauchen höhere Renten, um vor Armut im Alter geschützt zu sein. Wir fordern eine aus Steuermitteln finanzierte Aufwertung der Rentenansprüche.
- Keine Zwangsverrentung für Langzeitarbeitslose: Wenn Langzeitarbeitslose dazu gezwungen werden, frühzeitig in Rente zu gehen, steigt der Anteil derer massiv, die zusätzlich zur Rente Grundsicherung beziehen.
- Armutsrisiko Energiekosten vermeiden: Wir brauchen bei den Energiekosten Lösungen, die den Energie-Grundbedarf bezahlbar machen und die Anreize und Möglichkeiten zum Energiesparen – auch für arme Haushalte – schaffen.

Auf kommunaler Ebene wollen wir dazu

- keine Entmietung zulassen, bei Mietschulden soll die Kommune Beratung, Vermittlung und wenn nötig auch die Mietschulden übernehmen um die Gefahr der Obdachlosigkeit zu verhindern,
- keine Strom- oder Gassperren zulassen, eine Grundversorgung mit Strom, Gas und Wasser muss jederzeit gewährleistet sein, es gehört zu einem menschenwürdigen Leben
- die bereits von Grünen und SPD beschlossene Beschäftigungsgesellschaft schnellstmöglich schaffen,
- die Kostenfreiheit für Alle statt Sozialpreise für Wenige, insbesondere Kindern und Jugendlichen muss die gesellschaftliche Teilhabe und Entwicklung unabhängig von ihrer sozialen Lage ermöglicht werden. Die Nutzung der Stadtbibliothek, die Mitgliedschaft in Sportvereinen und die Teilnahme an Kulturveranstaltungen darf nicht am Einkommen der Eltern scheitern. mit Nachweis (fördert Mittelschicht)
- die Einrichtung eines Sozialfonds aus Straf- und Bußgeldern, der von den Sozialverbändern gemeinsam verwaltet wird,
- mehr unabhängige statt städtische Beratungstellen fördern und sichern,
- die Soziale Stadt Aktivitäten auch nach Auslauf der Förderung weiterführen
- Quartiersmanagement in weiteren Stadtteilen einrichten.
- dass die Verwaltung Fördermittel von Land, Bund, EU und privaten Stiftungen aktiv akquiriert und den Verbänden und freien Trägern vor Ort mit fachlichem Rat zur Seite steht.
- ein regelmäßiges Mittagessen für alle Kinder in Kindertagesstätten und Schulen
- die schrittweise Realisierung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Mit der Grundschule in Deininghausen als Teil der Aktivitäten der Sozialen Stadt wollen wir modellhaft die zentrale Bereitstellung aller notwendigen Lehrmittel wie z.B. Stifte und Hefte erproben

Umwelt

***Ressourcenschonung, Wald und Wiesen sind für uns alle Leben und kein Luxus.** Die aktuellen Klimaprognosen zeichnen ein bedrohliches Bild. In diesem Jahrhundert wird ein Anstieg der Temperaturen und des Meeresspiegels erwartet, der gravierende Auswirkungen hat. Schon jetzt zeigen Starkregenereignisse und Überschwemmungen, aber auch zunehmende starke Stürme, dass der Klimawandel auch bei uns bereits angekommen ist.*

Aus diesen Gründen ist es das oberstes Ziel Grüner Politik, Castrop-Rauxel zu einer klimaneutralen Stadt weiterzuentwickeln und die bestehenden Freiflächen zu sichern, aufzuwerten oder zu entwickeln.
Zu erreichen ist dies durch zahlreiche innovative Maßnahmen.

kommunales Energiemanagement

Das naheliegendste und in der Regel wohl auch erste kommunale Energie- und Klimaschutzprojekt ist das sog. „Energiemanagement in kommunalen Liegenschaften" mit dem Ziel, Energieverbrauch und damit auch Kosten zu reduzieren.
In den letzten fünf Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen zur Reduzierung der Energieverbräuche an städtischen Liegenschaften eingeführt. Jüngste Beispiele sind die Schulen/ Sporthallen, aber auch das Rathaus, welches dank grünem Einfluss klimafreundlicher betrieben werden kann. Auch die Beheizung des Freibades erfolgt dank grüner Politik teilweise mit Sonnenenergie. Diese Anstrengungen sind aber nur der Anfang auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt.
In der kommenden Legislaturperiode werden wir uns für den Ausstieg aus konventioneller Elektrizität einsetzen und den Bezug von regenerativ erzeugter Energie fördern.

Energetische Gebäudesanierung

Die privaten Haushalte haben den höchsten Anteil ihres Endenergieverbrauchs mit fast 90 % im Bereich der Wärmebereitstellung, also beim Heizen und bei der Warmwasserversorgung. Zur Reduzierung der Energiekosten, aber auch als entscheidender Beitrag zum Klimaschutz ist es richtig und notwendig, den Energieverbrauch von privaten Wohnungen deutlich zu reduzieren.
Um den Prozess zu beschleunigen werden wir uns für eine Ausweitung der Energieberatung einsetzen. Diese soll in verstärktem Maße auf bestehende Förderprogramme aufmerksam machen und Potenziale verdeutlichen

Klimaschutz in der Bauleitplanung

Mit der Neuerrichtung von Gebäuden werden deren energetische Eigenschaften oft für Jahrzehnte festegelegt (z. B. Ausrichtung, Dämmung, Heizung etc.). Deshalb muss es das Ziel kommunaler Klimaschutzpolitik sein, bestimmte Standards möglichst schon vor der Errichtung der Gebäude festzulegen. Die frühzeitige Einplanung dieser Standards sind vielfach nicht mit einer Erhöhung der Baukosten verbunden, sondern durch die eingesparte Energie den Finanzbedarf bei den Bauherren. Dies kann u.a. durch eine konsequente Südausrichtung der Gebäude, intelligente Raum- und Fensteranordnung und die Nutzung gemeinsamer Energiegewinnungsanlagen (z.B. eine Wärmepumpe für einen kompletten Reihenhausblock) erfolgen.

Ausbau erneuerbarer Energien

Auch eine Kommune wie Castrop-Rauxel kann den Ausbau Erneuerbarer Energien auf vielfältige Weise fördern. Das klassische Beispiel ist Bereitstellung von kommunalen Dächern zur Nutzung der Fotovoltaik – sei es in Eigenverantwortung oder zur Nutzung von Dritten.
Hier sind wir in den letzten 5 Jahren ein gutes Stück weiter gekommen. Dieses Potenzial muss weiter popularisiert und ausgebaut werden. Dies gilt auch für die Energieträger der kommunaleigenen Liegenschaften.

Weiterhin ist es für die Stadt Castrop-Rauxel von bedeutender Wichtigkeit, eine **Re-Kommunalisierung der Energieversorgung** zu erreichen.

Nach wie vor fehlt es in Deutschland im Strom- und ganz besonders im Gasmarkt an wirklichem Wettbewerb. Vier Energiekonzerne - RWE, E.on, EnBW und Vattenfall - haben in Form von Oligopolen den Markt unter sich aufgeteilt. Mögliche Wettbewerber werden mehr oder weniger offen behindert und haben keine oder sehr viel schlechtere Chancen am Markt. Eine Folge sind immer neue Preiserhöhungen bei gleichzei-

tig immer weiter steigenden Milliardengewinnen der großen Energiekonzerne.
Der vor allem von den vier großen Konzernen vorangetriebene Bau großer Kohlekraftwerke untergräbt den Klimaschutz und zementiert eine Energiepolitik, die nicht zukunftsfähig ist.
Aus diesem Grunde setzen sich die Grünen in Castrop-Rauxel für eine Kommunalisierung der Energieversorgung, z.B. durch Gründung von Stadtwerken, ein. Nur so kann auf die Belange der Stadt Einfluss genommen und die Energiemacht der Oligopolisten, welche keine Rücksicht auf die Klimaziele nehmen, gebrochen werden.

Ein weiteres Themenfeld, welches mit dem Thema Klima nicht unwesentlich zusammenhängt ist das der Freiflächen.

Die Grünen in Castrop-Rauxel setzen sich für einen bedingungslosen Erhalt der noch verbliebenen Freiflächen als Erholungs- und Regenerationsflächen für die Natur und den Menschen ein. Nur durch die Verhinderung einer weiteren Zersiedelung kann ein wohnenswertes Castrop-Rauxel erhalten bleiben. Ferner bilden die Grünflächen Senken zur Neutralisierung von Co^2 Ausstoß. In diesem Zusammenhang sind die bisherigen Bestrebungen der Ausweitung von Naturschutzflächen zu forcieren und durch Aufforstungsmaßnahmen (z.B. am ev. Krankenhaus) langfristig aufzuwerten und zu sichern. In diesem Zusammenhang lehnen wir nicht nur die Entwicklung von Industrieflächen und Wohnbebauung auf den verbliebenen Freiflächen ab, sondern auch flächenintensive Straßenbauprojekte, wie die l654n und die b474n, welche die unwiederbringliche Vernichtung von zusammenhängenden Grünflächen mit sich bringen.

Die Rieselfelder müssen erhalten bleiben.

Die geplante Industrialisierung der Rieselfelder zerstört ein Gebiet, das ökologisch von größter Bedeutung ist: die Lippeauen, eine „Flora-Fauna-Habitat"-Fläche mit zahlreichen Tieren, die auf der Roten Liste der aussterben Arten stehen. Und eine Fläche, die für die Naherholung der Bevölkerung im Nordöstlichen Ruhrgebiet von immenser Bedeutung ist.

Diese Freifläche zu zerstören, ist ökologisch unverantwortlich. Zudem ist es ökonomisch völlig überflüssig, das es im Ruhrgebiet ausreichen leer stehende Industriebrachen für jede gewünschte Gewerbe– oder Industrieansiedlung gibt.

Abfalldeponien und Industieareale

Die ehemaligen Abfalldeponien und Industieareale sind umfangreich zu sanieren und umweltverträglich in naturnahe Refugien für Flora und Fauna umzuwandeln. An erster Stelle sind hier die Deponien in Pöppinghausen und Merklinde zu nennen. Diese Altlasten—entstanden zugunsten extrem günstiger Abfallentsorgungskosten in den 70ger Jahren—stellen heute ein gravierendes Gefahrenpotenzial für die Bevölkerung und die Natur dar. Eine Aufbereitung unter dem Gesichtspunkt einer ökologischen Aufwertung ist das Ziel grüner Politik.

Integration

In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen auf engstem Raum zusammen. Natürlich bringt das Probleme mit sich. Vor allem aber ist es ein Reichtum, den es auszuschöpfen gilt. Wir können es uns nicht leisten, die vielfältigen Potenziale der MigrantInnen zu ignorieren. Zentrale Aufgabe ist es, alle gesellschaftlichen Bereiche interkulturell zu öffnen: Zugang zu Bildung, Beteiligung und Beschäftigung sind zentrale Aufgaben einer gelingenden Integrationspolitik.

In den vergangenen fünf Jahren wurde Einiges erreicht:

- Wir haben heute einen funktionierenden Integrationsrat (was nicht für alle Städte selbstverständlich ist).
- Der Integrationsrat hat ein Integrationskonzept erarbeitet und darin die wichtigsten Handlungsfelder genannt. Für diese Handlungsfelder werden z.Z. die Zielsetzungen konkretisiert und Schritt für Schritt umgesetzt.
- Die Stadtverwaltung hat eine Integrationsbeauftragte: Sie unterstützt den Integrationsrat, organisiert und koordiniert die praktische Umsetzung des Integrationskonzepts und setzt innerhalb der Stadtverwaltung Integration als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche durch.

Schwerpunkt der Integration ist nach wie vor die Förderung der Sprachkompetenz. Alle Kinder sollen vor Aufnahme in einer Schule in die Lage versetzt werden, Deutsch zu sprechen. Gleichzeitig sollen Fördermaßnahmen dafür sorgen, die Muttersprache weiter zu entwickeln. Denn die Erfahrungen haben gezeigt, dass schulisches Lernen nur in der deutschen Sprache ohne Koordinierung mit der Muttersprache eine der wesentlichen Ursachen für den mangelnden Schulerfolg von MigrantInnen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Integration in Ausbildung und Beruf. Arbeits- und Ausbildungslosigkeit führen zu Ausgrenzung, also zum Gegenteil von Integration. Die Vermittlung von jugendlichen MigrantInnen in Ausbildungsstellen muss als permanente und betreuungsintensive Querschnittsaufgabe für alle Akteure am Arbeitsmarkt (Arge, städtische Wirtschaftsförderung, IHK, Gewerkschaften, etc) begriffen werden.

Gleichzeitig muss intensiv versucht werden, Ausbildungsplätze in Einwanderer-Betrieben zu akquirieren. Einwanderer-Betriebe haben ein großes Ausbildungspotential, aber auch eine große Hemmschwelle zu überwinden. Ohne dauerhafte Beratung und Betreuung wird es hier nicht möglich sein, nachhaltig Ausbildungsplätze zu schaffen.

Insgesamt muss sich die Stadtverwaltung mehr interkulturelle Kompetenz erarbeiten. Das ist entscheidend, um das Vertrauen der MigrantInnen in die Dienstleistungen unserer Stadt zu verbessern und Kommunikationsprobleme abzubauen. Ein wichtiger Schritt dahin wäre es, wenn die Stadtverwaltung regelmäßig jugendliche MigrantInnen als Auszubildende aufnähme.

Kommunale Finanzen

In den vergangenen fünf Jahren ist manches von dem, was wir in der Rot-Grünen Koalition vorhatten, an der katastrophalen kommunalen Finanzausstattung unserer Stadt gescheitert. Strukturschwache Gemeinden – und das sind fast alle Städte im Ruhrgebiet – haben finanziell kaum noch Luft zum Atmen.

Wir GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Finanzwirtschaft. Das Geld, das wir heute zu viel ausgeben, wird unseren Kindern und Enkeln fehlen. Es schränkt unsere zukünftige Handlungsfähigkeit immer weiter ein. Deshalb müssen wir peinlich darauf achten, keine unnötigen Gelder auszugeben.
Die Arbeit der Verwaltung muss effizienter werden.
Der Verbrauch an Ressourcen (Energie, Strom, Wasser, etc) muss dringend reduziert werden. Auch aus finanziellen Gründen muss das Ressourcen-Management der städtischen Immobilien-Verwaltung sofort weiterentwickelt werden, denn hier sind – neben den ökologischen Erfordernissen – jährliche Einsparungen in Millionen-Euro-Höhe möglich.
Es muss auch die Frage gestellt werden, ob wir uns Dauer-Verlust-Einrichtungen wie der FORUM-GmbH noch erlauben können, nachdem alle Versuche, das jährliche Defizit zu verringern, gescheitert sind.
Das wenige Geld, über das wir noch verfügen, müssen wir auf die wichtigen Bereiche konzentrierten: Bildung, soziale Stabilität, Natur- und Klimaschutz sowie ökologische Technologien (und mit all dem werden ja auch Arbeitsplätze geschaffen).
Wir müssen in der Stadtverwaltung alles daran setzen, noch wirtschaftlicher zu arbeiten. Aber das wird alles nicht reichen, um die absehbarer Überschuldung unserer Stadt zu verhindern. Eine nachhaltige Konsolidierung unseres Stadt-Haushalts – und das muss gerade im Kommunalwahlkampf Bund und Land deutlich gemacht werden - wird ohne eine Neuregelung der allgemeinen Kommunalfinanzierung nicht möglich sein. Es geht nicht an, dass den Kommunen von Bund und Land – gerade im sozialen Bereich oder im Bereich Bildung – immer neue Aufgaben übertragen werden, ohne dass die Finanzierung der Aufgaben sichergestellt werden. Das Konnexitätsprinzip muss endlich durchgesetzt werden.
Und dass Nothaushaltsgemeinden im Westen sich für den Ost-Soli zusätzlich verschulden, ist nicht länger einzusehen: Die Unterstützung strukturschwacher Gemeinden muss unabhängig von der Himmelsrichtung sein.
So wie es heute steht, können wir den nachfolgenden Generationen entweder einen Berg Schulden oder eine zerrüttete Infrastruktur und damit noch mehr Schulden hinterlassen.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- Sorgsamen Umgang mit den Finanzen
- Keine Privatisierung bei elementaren, kommunalen Dienstleistungen,
- Nachhaltige Wirtschaftsförderung vor allem für Zukunftstechnologien
- Nachhaltige Reduzierung des Ressourcen-Verbrauchs seitens der Stadtverwaltung
- Steigerung der Effizienz der Stadtverwaltung
- Zusammenarbeit auf allen kommunalen Ebenen, auch Kooperationen über die
- Gemeindegrenzen hinweg.
- Neuregelung und Sicherung der Kommunalfinanzierung

Die kreative Stadt – Grün machts möglich

Kunst und Kultur sind identitätsstiftend und Motoren der Gesellschaft. Dieses Potential wollen wir gezielter entwickeln und fördern. Hierzu wollen wir insbesondere die freien Kulturaktivitäten unterstützen und Raum für Experimente, Proben und Auftritte schaffen.

Die Idee des 'Kultur-Bunkers' in der Castroper Altstadt halten wir für förderungswürdig.
Mit unserem 'Green Newcomer' Bandwettbewerb unterstützen wir seit 10 Jahren die jugendliche Rockmusikszene, dies wollen wir weiterhin mit eigenen Mitteln fortsetzen.
Kulturelle Bildung ist schon für Kinder ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Das Programm 'Jedem Kind ein Instrument' legt hier einen wichtigen Grundstein für die kulturelle Entwicklung. Wir treten für einen Zugang zu Kultur für alle ein. Das WLT und sein Kinder- und Jugendtheater sind für uns auch zukünftig unverzichtbar.
Der öffentliche Raum ist der Ort an dem Menschen mit Kunst konfrontiert werden und in Kommunikation über Kunst eintreten. Kunst darf und soll kontrovers sein. Hierzu zählen für uns öffentliche Veranstaltungen aber auch Kunstobjekte und die architektonische Gestaltung und Stadtplanung. Der 'Kunst- und Gestaltungsbeirat' sollte hier eine bedeutendere öffentliche Rolle bereits im Vorfeld neuer Planungen spielen.
Die Zukunft der städtischen 'Forum GmbH' wird von uns kritisch gesehen. Trotz eines vollen Veranstaltungskalenders ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, das jährliche Defizit von rund 1 Mio. Euro zu senken.
Das Geld hierfür fehlt an anderer Stelle. Selbstverständlich kann ein Umbau oder eine Auflösung der 'Forum GmbH' nur sozial verträglich geschehen. Hier muss die Politik sich entscheiden. Wir sind dazu bereit.

Wohnen

Der demografische Wandel bietet bisher ungeahnte Chancen. Die Begriffe des generationenübergreifenden Quartiersmanagements und der Wohnortnahmen Versorgung gewinnen an Bedeutung.
Die Grünen in Castrop-Rauxel setzen auf Erhalt bzw. Entwicklung attraktive Wohnzentren und sind gegen eine flächenzerstörende Zersiedelungspolitik.

Wir möchten mehr Leben in die urbanen Zentren bringen und wollen dort das Wohnen und eine mittelständische Einzelhandelsstruktur fördern. Der Weg dorthin geht über die Entwicklung der Innenbereiche. Für die Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich bleibt, auch aufgrund des demografischen Wandels, kein Raum. Dazu gehört auch die zukunftsorientierte Entwicklung von Wohnkonzepten für Mehrgenerationenprojekte und autoarmes Wohnen die das Leben für alle Generationen dauerhaft attraktiv machen und Begegnungen ermöglichen.
In diesem Zusammenhang ist es das erklärte Ziel auch Betreuungseinrichtungen für Kinder wohnortnah anzubieten, um die Identifizierung mit den Stadtteilen zu stärken und unnötige Belastungen durch Pendelfahrten bereits im Kleinkindalter zu vermeiden.
Viele Stadtteile haben durch bürgerschaftliches Engagement ein eigenes Gesicht entwickelt. Die Identifikation mit diesen unverwechselbaren ‚Leuchttürmen' wie der Agora, dem Parkbad Süd, der Ökoinsel und der Marienschule etc. ist sehr hoch. Aus diesem Grunde begrüßen die Grünen in Castrop-Rauxel ausdrücklich das Engagement in den Stadtteilen und werden sich auch zukünftig für eine Ausweitung dieser Projekte einsetzen.
Auch der Erhalt und die Entwicklung von wohnortnahen Sportstätten ist ein wesentliches Element, wobei dies nicht nur für die vereinsgebundenen Aktivitäten steht, sondern insbesonere die Aktivierung bisher wenig genutzten Möglichkeiten, wie die Ausweisung von Wander- und Trimmpfaden in den Wald- und Feldgebieten im Vordergrund grüner Politik steht.

Attraktive Ortszentren sind der Schlüssel dafür, dass sich die Menschen gerne dort aufhalten und der Handel und die Dienstleistungen in der Innenstadt und den Stadtteilen gestärkt werden. Die Ansiedlung weiterer nicht integrierter Discounterstandorte laufen diesem Ziel entgegen und werden nicht angestrebt.
Ferner kann durch die Nutzung bestehender Infrastrukturen (Verkehrswege, Kindergärten und Schulen) eine Eindämmung von Kosten für die Schaffung neuer und den Rückbau nicht mehr benötigter Strukturen sowie gleichzeitig die deutliche Steigerung der Lebensqualität erfolgen.

Verkehr

Mobilität muss für alle Menschen möglich sein, auch wenn die Grenzen weitestgehend erreicht sind. Wir setzen deshalb auf einen konsequenten Ausbau eines weitgehend barrierefreien öffentlichen Nahverkehrs und Konzepte, die allen Menschen unabhängig von ihrer Einkommensstruktur den Zugang zu Mobilität ermöglichen.

Wir Grüne treten dafür ein, dass Busse und Bahnen attraktiver gestaltet, sowie Rad- und Fußgängerverkehr Vorfahrt erhalten. Auch die Anbindung an die umliegenden Städte, was für die täglichen Pendelfahrten von wesentlicher Bedeutung ist, muss verbessert werden.
Da Castrop-Rauxel von zahlreichen Verkehrswegen mit überregionaler Bedeutung durchzogen ist, hier seien die Kanäle, Autobahnen, Landesstraßen und die B235 nur exemplarisch genannt, ist eine integrierte Verkehrsplanung nötig, um weitere Straßenbauprojekte zu vermeiden, aber gleichwohl Hinweise auf die Bewältigung der Pendlerströme gibt und Möglichkeiten zum zügigen Abbau der verkehrsbedingten Luftverschmutzung sowie Lärmbelästigungen aufzeigt.
In diesem Zusammenhang lehnen die Grünen die Planungen zum Bau der L654n und der B474n entschieden ab, da hierdurch mit Millionengeldern eine Zerstörung ökologisch intakter Freiräume erfolgt und zusätzliche Verkehre generiert werden.

Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft: mehr Demokratie leben!

Den umfassenden ökologischen und sozialen Herausforderungen, in denen unsere Stadt und das ganze Land stehen, sind wir nur gemeinsam gewachsen. Auch deshalb gilt es, eine Kultur des Wissens- und Informationstransfers zu entwickeln. Umfassend sind für alle Menschen in unserer Stadt Formen der Mitwirkung und Mitgestaltung unseres Gemeinwesens auszubauen, denn die Menschen vor Ort sind Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt. Darüber hinaus muss das in der Stadt vorhandene Fachwissen aus der Bürgerschaft schneller und mit weniger Skepsis in Entscheidungsprozesse eingebracht werden können: Der Prophet muss auch im eigenen Lande etwas gelten, weil wir die Beartungskompetenz unserer heimischen Expertinnen und Experten dringend brauchen.

Dass dies der richtige Weg ist, zeigen zahlreiche wissenschaftliche Studien und die Erfahrungen vor Ort. Ohne das Expertenwissen der Bürgerschaft wären u.a. die Fördertürme Erin und auf Schwerin, das Parkbad Süd und das Bürgerzentrum Merklinde platt gemacht worden. Ohne das Engagement der griechischen Gemeinde und der evangelischen Kirche gäbe es keine Agora. Für die Projekte zur sozialen Stadt in Deininghausen, Habinghorst und vielleicht bald in Merklinde ist die Einbindung der Menschen vor Ort entscheidend.

Einige Wege und Formen der Beteiligung sind in unserer Stadt besser entwickelt als andere.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über die Einrichtungen, Schulen und besonders das Kinder- und Jugendparlament ist auf gutem Stand.
Hoffnungsvoll stimmt auch, dass sich besonders Familien mit ihren Bedürfnissen zunehmend in die Gestaltung auch von Wohngebieten einbringen können.
Noch stärker muss gewährleistet werden, dass sich bestimmte Gruppen von Menschen in unserer Stadt besser beteiligen können. Hier sind vor allem die älteren Menschen zu nennen. Wir benötigen hierzu besondere, wohnortnahe Beteiligungsformen, die z.B. über die Aktivitäten der freien Träger organisiert werden können. Die Rechte des Seniorenbeirates sind entweder erheblich zu stärken oder der Beirat ist durch andere Organisationsform, die gemeinsam zu entwickeln ist, zu ersetzen. Das gilt auch für den Beirat für Menschen mit Behinderungen.
Die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist zu stärken. Allerdings ist auch hier in den vergangenen fünf Jahren Vorzeigbares geleistet worden. Spannende neue Modelle der Beteiligung – zum Beispiel die Bildungsarbeit des IBFS – konnten sich entfalten. Die wichtige Arbeit des Integrationsrates hat durch die Integrationsbeauftragte die notwendige professionelle Unterstützung erfahren.
Insgesamt sehen wir aber dringende Bedarfe in der Entwicklung weiterer Beteiligungsformen besonders für Menschen, für die die Hemmschwellen formeller Beteiligung zu hoch hängen, für Menschen, die sich z.B. nicht wortgewandt in Bürgerversammlungen nach dem Baugesetzbuch einbringen können. Hierzu liegen erprobte Instrumente vor. In die richtige Richtung gehen die Projekte in Deininghausen und Habinghorst, bei denen Beteiligung Ausgangs- und Mittelpunkt der sozialen Stadtentwicklung ist.

Insgesamt stehen wir inmitten eines Veränderungsprozesses, in dessen Verlauf sich Beziehungen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik neu bestimmen. Politik und Verwaltung stehen vor der Herausforderung, Macht abzugeben und für die Menschen transparenter und offener zu werden.

Für die Parteien hat dies zunächst innerparteiliche Konsequenzen.

Die Fraktionen im Rat der Stadt müssen sich zudem professionalisieren, ohne das Ehrenamtsprinzip aufzugeben. Der Rat und seine Gremien müssen stärker als bisher ihren strategischen Aufgaben Rechnung tragen. Wichtige Aufgabe des Rates ist es, Leitlinien für das Handeln der Verwaltung zu entwickeln und über deren Einhaltung zu wachen. Wegen der fehlenden partnerschaftlichen Überwachung von Entscheidungen hat z.B. das hoffnungsvolle Projekt „Bürgerausschuss“ viel Schaden genommen. Der von Grünen und FWI initiierte Bürgerausschuss hat sich als praktisch besonders problematisch erwiesen. Der Bürgerausschuss wurde durch einen wegweisenden gemeinsamen Beschluss aller Ratsfraktion von 11.11.2004 auf den Weg gebracht. Allerdings wurde auf die Einhaltung des Beschlusses wurde nur mangelhaft ge-

achtet. Hier haben alle Fraktionen ihre Anteile. Zudem waren die Kompetenzen des Bürgerausschusses in Beziehung zu den Fachausschüssen nicht bestimmt. Bürgerfreundliche Beschlüsse des Bürgerausschusses wurden dann im Umweltausschuss und im Betriebsausschuss 3 rückgängig gemacht. Dieses Verfahren hat zu einem Glaubwürdigkeitsverlust geführt. Schließlich verlor der Bürgerausschuss seine Funktion als Beschwerdeausschuss, weil viele Anregungen und Kritiken aus der Bürgerschaft durch das Beschwerdemanagement der Verwaltung aufgefangen wurden, was zu begrüßen ist.

Der Rat der Stadt steht vor der dringenden Aufgabe, seine eigenen Beteiligungs- und Teilhabeformen zu überprüfen.
Der Bürgerausschuss in der bestehenden Praxis macht keinen Sinn. Überhaupt ist zu prüfen, was die wirkungsvollsten Instrumente sind, um die Ziele der Bürgerbeteiligung zu erreichen. Denkbar ist ein Bürgerausschuss bisheriger Prägung, der ernst macht mit dem Beschluss vom 11.11.2004 und z.B. präventiv in die Stadtteile geht. Denkbar ist ein kleinerer Kreis, z.B. ein „Ältestenrat", geleitet von einer verdienten Persönlichkeit aus der Bürgerschaft. Denkbar ist ergänzend oder alternativ ein Ombuds-System nach skandinavischem Vorbild, wie es in einigen Städten erprobt wird.
Über den Bürgerausschuss hinaus sind Beteiligungsformen im Rat und seinen Ausschüssen zu installieren. Richtig aber nicht konsequent umgesetzt ist z.B. der obligatorische Tagesordnungspunkt „Einwohnerfragestunde". Zu prüfen ist die Wiedereinführung der Berichterstattung zu Tagesordnungspunkten durch Ratsmitglieder, um das Verfahren transparenter zu machen. Schließlich kann z.B. die Öffnung der Fachausschüsse für sachkundige Vertretungen entsprechender Institutionen nach dem Vorbild des Jugendhilfeausschusses (JHA) verstärkt werden. Dabei kann die Arbeitsfähigkeit ebenfalls nach dem Vorbild des JHA organisiert werden.
Zu besonders wichtigen kommunalpolitischen Aufgaben sind besondere Beteiligungsformen einzurichten. In der Haushalts- und Finanzpolitik ist z.B. das Projekt „Bürgerhaushalt" neu gestaltet zu beleben. Auch der Kunst- und Gestaltungsbeirat kann in diesem Zusammenhang genannt werden. Hier bleibt zu hoffen, dass nach den erheblichen Startschwierigkeiten nunmehr die richtige Struktur installiert wurde. Weitere Beteiligungsformen wie weitere Beiräte, Bürgerforen, themen- und zielgruppenbezogene Projekte zu verschiedenen gesellschaftlichen Problemen sind sachgerecht einzusetzen. Die formellen Beteiligungsformen nach der Gemeindeordnung und den Baugesetzen sind erheblich teilhabefreundlicher schon in der vorlaufenden Öffentlichkeit und erst recht in den Veranstaltungen auszurichten

Ein besonderes Augenmerk verdient auch unter Beteiligungsgesichtspunkten die Stärkung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements wie die Arbeit in Initiativen, Selbsthilfegruppen, Stiftungen, Vereinen, freien Projekten, Organisationen und Einrichtungen. Diese Stärkung stellen wir uns als Beratungsleistungen und konkrete Hilfestellungen seitens der Verwaltung vor. Für hilfreich halten wir eine systematische Netzwerkarbeit.

Als zentrales politisches Anliegen konkret vor Ort haben wir die Stärkung der Bürgerbeteiligung zur Bedingung unserer Unterstützung zur Wiederwahl von Johannes Beisenherz (SPD) als Bürgermeister gemacht.
Gerade die fehlgelaufenen Prozesse von Bürgerbeteiligung wie z.B. bei der notwendigen Schließung der Grundschule Marienburger Str. mahnen uns, noch konsequenter auf unserer Linie zu bestehen.
Denn die Ausweitung der Bürgerbeteiligung und der Stärkung unserer Demokratie gehören zur Identität grüner Politik.

Arbeit und Wirtschaft – die Basis wird vor Ort geschaffen

Die Kommunen müssen sich immer stärker in einer harten wirtschaftlichen Standortkonkurrenz bewähren. Wir wollen die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kommune vorantreiben. Innovation und Gründungsgeist wachsen in einem Klima, das von Toleranz und Wagnisbereitschaft geprägt ist. So wollen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.

Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen in Castrop-Rauxel

Der größte Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist bei kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt. Deren Wettbewerbsfähigkeit muss gestärkt werden. Wir wollen diese Unternehmen gezielt unterstützen durch eine gezielte regionale Auftragsvergabe und ein Verwaltungshandeln, das auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen ausgerichtet ist.

Wir wollen bei der Wirtschaftsförderung keine Kirchturmpolitik.

Von neuen Arbeitsplätzen profitiert immer die gesamte Region. Deshalb setzen wir auf die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und treten dafür ein, dass die noch schlummernden Potentiale beispielsweise in der Energiewirtschaft oder der ökologischen Landwirtschaft gehoben werden.

Wir wollen, dass die regionalen Wirtschaftscluster einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen und gezielt weiterentwickelt werden.

Bestehende Gewerbestandort entwickeln

Die kommunale Wirtschaftförderung muss ohne zusätzlichen Flächenverbrauch auskommen. Im Ruhrgebiet existieren Industriebrachen in einer Größenordnung, die den Rückgriff auf Freiflächen für die Ansiedlung von Unternehmen überflüssig machen. Insbesondere lehnen wir den Plan ab, unter dem Namen „newPark“ die „Dortmunder Rieselfelder“ zu Industrialisieren.

Keine Industrialisierung der Rieselfelder

Seit mehr als 30 Jahren ist es nicht gelungen, in den Rieselfeldern in Datteln und Waltrop großflächige Industrien anzusiedeln. Seit neun Jahren will eine große Koalition von CDU, SPD und FDP die Fläche als New Park immer kleinflächiger vermarkten. Anstelle der landesweiten Gesellschaft NRWinvest soll die Vermarktung inzwischen über eine kommunal finanzierte GmbH erfolgen.

New Park fördert ruinöse Konkurrenz

Eine große Naturfläche, die für Natur- und Landschaftsschutz sowie für die Wasserwirtschaft unverzichtbar ist und teilweise bis in geschützte "FFH"- und Überschwemmungsgebiete der Lippeaue hineinragt soll ohne jeden konkreten Anhaltspunkt für den Bedarf auch nur einer Branche zerhackt werden in kleine Gewerbeflächen wie es sie zu hunderten, teilweise leerstehend, im Ruhrgebiet gibt.

Angeblich nur für Direktinvestitionen aus dem Ausland, keinesfalls für Unternehmen aus den Nachbarstädten.

Im Umkreis von 30 Kilometern um newPark (ohne Münsterland) gibt es mehr als 350 Hektar industrielle Brachflächen, die für die Gewerbeentwicklung genutzt werden können.

Zur Zeit lähmen sie als mehr oder weniger „tote Orte“ die Stadtentwicklung. Wir wollen diese Brachflächen wieder beleben. Das ist auch finanziell wesentlich günstiger als in den Rieselfeldern eine völlig neue Infrastruktur einzurichten mit der dazugehörigen Erschließungsstraße B474N.